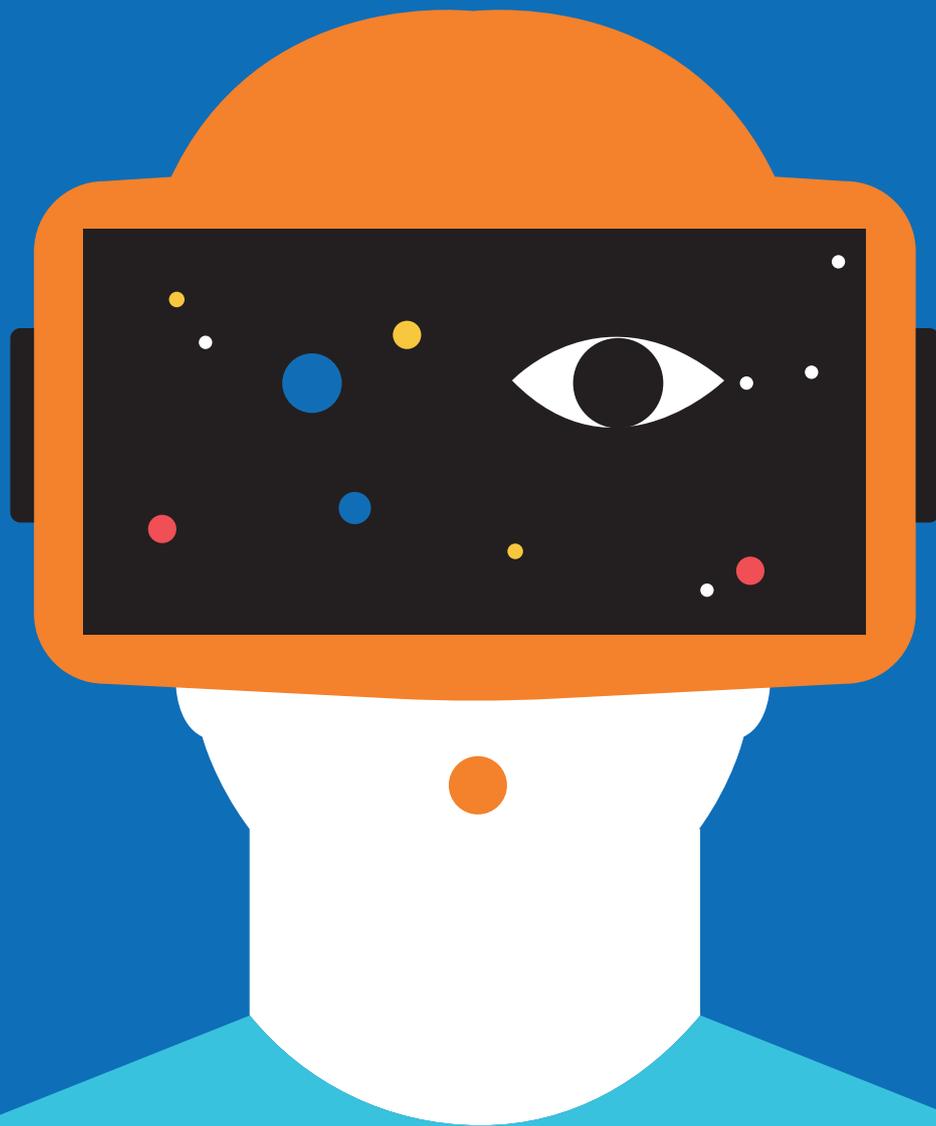


Augen auf!

Das ambivalente Netz:
Freiheit und Sicherheit in der digitalen
Öffentlichkeit.

Von **Christoph Neuberger**



F

reiheit und Sicherheit werden oft als Gegensatz betrachtet. In jedem Fall verkörpern sie unterschiedliche Temperamente: Sicherheitsmaßnahmen sollen beständig Schutz bieten, zuverlässig vor Schaden bewahren, Lebensrisiken minimieren und Sorgen nehmen, etwa im Hinblick auf die körperliche Unversehrtheit oder das soziale Wohlergehen. Garanten der Sicherheit sind in der liberalen Demokratie das Gewaltmonopol des Staates und der Wohlfahrtsstaat. Dagegen bezieht sich Freiheit auf das Offenhalten möglichst vieler Optionen. „Freiheit“ meint das nicht Erzwungene, Eigenständige, Spontane und Überraschende. An die Stelle des Strebens nach Sicherheit treten die Bereitschaft zum Risiko und eine Haltung des Ausprobierens, wie sie Karl R. Popper für die offene Gesellschaft begründet hat – eine Haltung, die der Einsicht folgt, dass Konsequenzen des Handelns nie gänzlich absehbar sind, dass es keine perfekten Lösungen gibt und kein vollständiges Wissen. Markieren lässt sich der Unterschied zwischen Sicherheit und Freiheit mit Begriffspaaren wie „defensiv“ und „offensiv“, „beständig“ und „beweglich“, „risikoavers“ und „risikobereit“.

Nicht nur bei der Definition, sondern auch bei der Verwirklichung der beiden Werte wird oft von einem Spannungsverhältnis ausgegangen. Das ungezügelte Ausleben von Freiheit kann eine Bedrohung für andere sein. Vorsorge-maßnahmen des Staates, um Schaden abzuwehren, können Freiheitsrechte beschränken. Illustrieren lässt sich dies an Beispielen wie der staatlichen Terrorabwehr nach dem 11. September 2001 oder den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie.

Dennoch wäre es zu einfach, die beiden Werte nur als Gegensatz und ihre Verwirklichung als bloßes Nullsummenspiel

aufzufassen. Vielmehr können sie in unterschiedlichem Verhältnis zueinander stehen – nicht nur in einem begrenzenden, sondern auch in einem fördernden. Ein Mindestmaß an Sicherheit ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass man sich traut, seine Freiheitsrechte wahrzunehmen. Wer durch Drohungen im Internet eingeschüchtert ist, wer Angst vor Hasskommentaren, Cybermobbing und Shitstorms haben muss, wird kaum bereit sein, sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen. Diese Abschreckung hält viele davon ab, sich in sozialen Medien zu Wort zu melden. Daher sind auch die Meinungen, die dort zu finden sind, keineswegs repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Umgekehrt ist es ein Aspekt der Freiheit, selbst das gewünschte Maß an Sicherheit festzulegen. Dies ist etwa dann der Fall, wenn Nutzerinnen und Nutzer in sozialen Medien wie Facebook oder Twitter durch Einstellungen selbst bestimmen können,

welche persönlichen Informationen sie preisgeben oder für sich behalten wollen. Selbstbestimmung erfordert hier jedoch, dass sie informierte Entscheidungen treffen können, um die Folgen des eigenen Handelns abschätzen zu können.

Riskantes Handeln im Netz

In beiden Situationen stellt sich die Frage: Wie viel riskiere ich, wenn ich mich zu Wort melde oder wenn ich tiefere Einblicke in mein Leben gewähre? Mit welchen positiven und negativen Folgen muss ich rechnen? Riskantes Handeln bedeutet, dass eine Entscheidung nur mit begrenzter Sicherheit auf der Basis von Wahrscheinlichkeiten getroffen werden kann. Es gibt Kontexte, in denen man generell ein höheres oder niedrigeres Risiko eingeht. Herfried Münkler unterscheidet Öffentlichkeit und Privatheit als solche Kontexte. Darauf beziehen sich auch unterschiedliche Freiheitsrechte: die Freiheit, sich ins Private zurückzuziehen, und die Freiheit, sich mit seiner Meinung öffentlich Gehör und Geltung zu verschaffen. Die Öffentlichkeit ist ein Möglichkeitsraum, der große Chancen bietet, aber auch große Risiken birgt. Wer den Raum der Öffentlichkeit betritt, setzt sich den kritischen Blicken eines unüberschaubaren, schwer berechenbaren Publikums aus.

Auf der einen Seite können öffentlich Aufmerksamkeit und Zustimmung gewonnen werden, die in der Medien-gesellschaft in allen Lebensbereichen zu wichtigen Erfolgsfaktoren geworden sind. Aufmerksamkeit und Zustimmung lassen sich nämlich in andere „Währungen“ umtauschen wie politische Macht oder ökonomische Gewinne. Auf der anderen Seite sind Medienauftritte stets auch riskant. Dies müssen Politikerinnen

Wer den Raum der Öffentlichkeit betritt, setzt sich kritischen Blicken eines unberechenbaren Publikums aus.

und Politiker immer wieder erfahren. Ein unbedachtes Wort, eine falsche Geste kann den Ruf beschädigen oder gar die Karriere ruinieren. In der Öffentlichkeit müssen also mehr Risiken eingegangen werden als in der Privatsphäre. Sie ist ein Schutzraum, ein Rückzugsort, um sich den bohrenden Blicken und der Aufdringlichkeit der anderen zu entziehen.

Öffentlichkeit als Korrektiv

Die riskante Öffentlichkeit hat aber auch eine disziplinierende Wirkung, die der Demokratie zugutekommt. Wer öffentlich lügt, muss damit rechnen, vor aller Augen ertappt und bloßgestellt zu werden. Was sich hingegen in der Öffentlichkeit bewährt hat, was der Kritik standhält, besitzt Zustimmung und Anerkennung. Immanuel Kant hat darauf hingewiesen, dass die Öffentlichkeit eine Art Prüfstanze für Aussagen ist – dies gilt zumindest dann, wenn wir es mit einer funktionierenden Öffentlichkeit zu tun haben. Dass dies keineswegs immer der Fall ist (sondern vermutlich eher die Ausnahme), hat sich im Fall von Donald Trump gezeigt. Seine Lügen haben ihn keine Sympathien gekostet, zumindest nicht im eigenen politischen Lager.

Stattdessen sollte im politischen Diskurs alleine die Überzeugungskraft des besseren Arguments zählen. Was sich darin als wahr oder richtig herausstellt, kann die Einsicht fördern, dass man selbst zunächst falsch gelegen hat. Dadurch soll es gelingen, dass sich die Streitenden näher kommen und bestenfalls einigen können. Dies erfordert die Bereitschaft, respektvoll miteinander umzugehen, aufeinander zu hören, die eigene Meinung durch gute Argumente zu stützen, die Kritik der Gegenseite auszuhalten und Argumente sorgfältig abzuwägen. Die demokratische Öffentlichkeit ist kein Ponyhof, hier soll hart um die Sache gekämpft werden. Kürzlich hat Jürgen Habermas – dem immer wieder der Vorwurf gemacht worden ist, ein zu idyllisches Bild der Öffentlichkeit zu zeichnen – ihren „agonalen Charakter“ betont. Sie dürfe nicht mit einer „friedlichen Seminarveranstaltung“ verwechselt werden. Der Zeithistoriker Timothy Garton Ash spricht von der „robusten Zivilität“ in der liberalen Demokratie. Dabei

Wer öffentlich lügt, muss damit rechnen, vor aller Augen ertappt und bloßgestellt zu werden.

gilt es gleichwohl, das richtige Maß zu finden, das aber gerade in der digitalen Öffentlichkeit oft verloren geht.

Die Digitalisierung der Öffentlichkeit hat zunächst einmal für viele Menschen die Handlungsmöglichkeiten und damit den Freiheitsspielraum erheblich erweitert. Dies liegt an den technischen Optionen und dem niedrighwelligen Zugang, um das Internet mitzugestalten oder darin mitzudiskutieren. Dies ist zu Recht als Freiheitsgewinn begrüßt worden. Aus dieser Offenheit ergeben sich aber auch Folgen, welche die eigene Sicherheit in Frage stellen. Wenn journalistische Gatekeeper nicht mehr obligatorisch und vorab das Publierte prüfen, verbreiten sich Netzpropaganda und persönliche Angriffe fast ungehindert. Die Verletzlichkeit steigt, weil auch die Grenze zwischen Privatheit und Öffentlichkeit nicht mehr klar gezogen ist. Die Kontrolle über Situationen kann entgleiten, wenn mögliche Folgen nicht mehr angemessen eingeschätzt werden können. Dies gilt etwa dann, wenn Datenspuren, die man im Privaten hinterlässt, heimlich gesammelt

und ausgewertet werden, oder wenn in sozialen Medien nicht mehr überschaubar ist, wer mitlesen kann. Dies kann zur Naivität im Umgang mit dem Internet führen oder aber zu übergroßer Sorge.

Objektive Bedrohungslage und subjektives Sicherheitsempfinden können voneinander abweichen. Ob der Grad an Sicherheit über- oder unterschätzt wird – etwa bei Kriminalität, negativen Technikfolgen oder der Ansteckungsgefahr durch Viren –, hängt wesentlich von der öffentlichen Thematisierung solcher Risiken ab. Das Schüren von Ängsten und das Verharmlosen sind – in den letzten Jahren häufiger eingesetzte – Mittel der politischen Auseinandersetzung. Auch Freiheit ist während der Pandemie zu einem hart umkämpften Begriff geworden. Freiheit und Sicherheit werden (wie andere Werte) politisch instrumentalisiert. Darunter leidet die gemeinsame, evidenzbasierte Einschätzung der Lage. Übrigens hat das Internet als körperfreie, kontaktlose Zone während der Pandemie zusätzliche Sicherheit geboten, weil wesentliche Teile des öffentlichen und privaten Lebens in die Onlinewelt verlagert werden konnten.

Nicht nur die erweiterte Partizipation hat – wie gezeigt – ambivalente Folgen, sondern auch die Automation als zweites großes Potential des Digitalen. Die vollständige Berechenbarkeit durch Big Data und damit die restlose Planbarkeit des Lebens soll Sicherheit verschaffen, allerdings auf Kosten der Freiheit. Entscheidungen sollen besser durch Algorithmen getroffen werden können. Darin steckt nicht nur eine autoritäre Versuchung, sondern auch eine Geringschätzung menschlicher Selbstbestimmung.

Prof. Dr. Christoph Neuberger

lehrt an der FU Berlin Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und ist Geschäftsführender Direktor des Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft. Er forscht zum digitalen Wandel von Medien, Öffentlichkeit und Journalismus. Er ist Mitglied der AdW und ihrer Ad hoc-AG „Zukunftswerte“.

